



HiBs Büro im Niedersächsischen Landtag,
Ihre Abgeordneten aus Braunschweig, Hildesheim und Süd-niedersachsen
c/o Christoph Plett MdL
Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

23. April 2020

Offener Brief an die Landwirte in Süd-niedersachsen und im Braunschweiger Land

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landwirtinnen und Landwirte,

am 27. März 2020 hat der Bundesrat der neuen Düngeverordnung (DüVO) des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zugestimmt - unter der Bedingung, dass die Länder bis Ende dieses Jahres Zeit zur Ausweisung von besonders belasteten Gebieten erhalten.

Die grundsätzliche Reform der DüVO war durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Juni 2018 notwendig geworden. Aufgrund dieses Urteils wurde Deutschland ein Verstoß gegen die EU-Nitrat-Richtlinie vorgeworfen. Deutschland hat dieses Verfahren letztinstanzlich verloren.

Uns haben viele Fragen wegen der Enthaltung Niedersachsens erreicht. Hierzu muss man wissen: In der Regel wird im Bundesrat die Mehrheit oder Minderheit immer nur anhand der jeweiligen Ja-Stimmen festgestellt. Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, die für die absolute Mehrheit ohne Bedeutung sind, werden darum nicht ausgezählt. Eine Stimmenthaltung wirkt sich deshalb wie ein Nein aus. So war es auch in der Bundesrats-sondersitzung, in der 9 von 16 Bundesländern der DüVO zustimmten – Niedersachsen stimmte nicht zu.

Vor allem auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, in der uns im Besonderen die Systemrelevanz der Landwirtschaft vor Augen geführt wird, ist es bedauerlich, dass es keine Mehrheit dafür gab, das Verfahren um die DüVO für einen angemessenen Zeitraum auszusetzen.

In den vergangenen Wochen haben uns zahlreiche Zuschriften hierzu erreicht. Die Frustration derjenigen, die von den Änderungen der DüVO unmittelbar betroffen sind, ist hoch und das ist mehr als verständlich. Wir teilen Ihre Meinung, niemand soll hier den Eindruck erwecken, als sei es nicht so.

Wir müssen nun mit der bestehenden Situation umgehen. Die DüVO wurde beschlossen, das sogenannte Zweitverfahren gegen Deutschland wird nicht eröffnet. Die immer wieder zitierten Strafzahlungen sind somit vom Tisch.

Ganz entscheidend für uns als Landtagsabgeordnete der CDU-Fraktion Niedersachsen ist, dass sich unsere Agrar- und Umweltpolitiker in der Fraktion sehr intensiv mit dem Thema beschäftigen. Und das im steten und engen Austausch zu Landvolk, Bauernschaft und Landwirtschaftskammer und natürlich mit den Berufskollegen, die sich bei LSV engagieren.

Wir fühlen uns eindeutig den Landwirten verpflichtet. Wir wollen gemeinsam mit der Landwirtschaft wirksame und tragbare Lösungen entwickeln und eben keinen Aktionismus.

Wichtige Änderungen im Entwurf zu Gunsten der Landwirtschaft konnten nur durch unsere gemeinsamen Anstrengungen in Niedersachsen erreicht werden. Ein kleiner Sieg der Vernunft in dieser misslichen Thematik, der seinen Ursprung im Team der Agrarpolitiker der CDU-Landtagsfraktion hat und nun bundesweit ausstrahlt.

Was wir erreichen konnten:

- Alle Verschärfungen, die für die Roten Gebiete gelten, werden in diesem Jahr ausgesetzt und gelten ab 1.1.21.
- Die Roten Gebiete werden überarbeitet. Maßgeblich ist hierbei die Hereinnahme von Emissionsdaten, die eine am Verursacherprinzip orientierte weitere Binnendifferenzierung und damit einen genaueren Zuschnitt der Roten Gebiete ermöglicht.
- Die Messnetze werden überprüft und müssen überarbeitet werden; der Bedarf wird auch durch das von vielen Landvolkverbänden in Auftrag gegebene Gutachten gestützt.

Viele von uns sind durch Familie und Freunde mit den wahren „grünen Themen“ wie Forst, Jagd und Landwirtschaft persönlich verbunden, und darum ist es uns von Herzen wichtig, dass ländliche Strukturen erhalten und bewahrt bleiben.

Fest steht aber auch, dass wir und unsere Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast in Niedersachsen auf die Unterstützung der Landwirte angewiesen sind, wenn wir in den Bund-Länder-Beratungen weiterhin Verbesserungen erreichen wollen.

Um unseren Teil dazu beizutragen, werden wir uns auch weiterhin unnachgiebig dafür einsetzen, dass der enorme gesellschaftliche Wert der landwirtschaftlichen Arbeit nicht zu einer Selbstverständlichkeit verkommt.

Mit herzlichen Grüßen verbleiben wir

Ihre

Thomas Ehbrecht MdL

Veronika Koch MdL

Frank Oesterhelweg MdL

Christoph Plett MdL

Laura Hopmann MdL

Oliver Schatta MdL

Uwe Schünemann MdL